

# FRAUEN MACHT BUDGETS

## Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive

Christine Mayrhuber & Elisabeth Klatzer

Wieso beschäftigte sich eine Frauen-Arbeitsgruppe im Rahmen des BEIGEWUM mit dem Thema „Budgets“? Wieso formulieren wir im Buch „Frauen macht Budgets“ inhaltliche Anforderungen an die Budget- und Wirtschaftspolitik, wo sich doch die Politik einem eisernen Sparzwang verschrieben hat?

*Nach jedem ökonomisch scheinbar unabwendbaren Sparprogramm verschlechtern sich die wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen für Frauen.* Spätestens mit dem Beitritt Österreichs zur EU bzw. seit der Mitgliedschaft in der Europäischen Währungsunion wurde budgetäre Sparpolitik zum ökonomischen Sachzwang - jenseits jedweder politischer Gestaltungsspielräume - erhoben. Für irgend etwas muss immer gespart werden: Für Erfüllung der EU-Budgetvorgaben, zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Österreich, für die Alterung der Gesellschaft etc.

Zwei Jahre lang stand das Nulldefizit ganz oben auf der politischen Sparagenda. Es wurde durch Steuer- und Abgabenerhöhungen sowie durch Kürzungen im Sozialleistungsbereich auch erreicht. Jetzt ist eine Steuerreform (sprich: Steuersenkung für manche) geplant, die eine Nettoentlastung bis 2005 von 3 Mrd. Euro bringen soll. Für diese Steuersenkung wird wiederum ein Budgetdefizit von 1,5% akzeptiert. Nach der Steuerreform 2004/2005 soll die Abgabenquote von 45,9% (2001) auf 43% gesunken sein. Diese Eckdaten waren bereits 2000 erreicht, also am Ende der Rot-Schwarzen Koalition. Auch wenn sich die volkswirtschaftlichen Kennzahlen (wie Abgabenquote, Budgetdefizit etc.) bereits den in der Vergangenheit realisierten Werten wieder annähern, ist die zwischenzeitlich erfolgte Umverteilung auf Kosten der wirtschaftlich schwach abgesicherten Frauen unübersehbar.

Chancengleichheit für Frauen wird nicht „automatisch“ mit wirtschaftlicher Prosperität erreicht, sondern muss immer wieder aufs neue formuliert und erkämpft werden. Der zentrale Ansatzpunkt für eine effektive Frauenpolitik ist daher die Budget- und Wirtschaftspolitik. Gleichstellungspolitik, fortschrittliche Frauenpolitik oder Gender Mainstreaming sind Bereiche, die weder durch budgetpolitische Sparmaßnahmen noch durch Steuersenkungsvorhaben, aber auch nicht durch konjunkturelle wirtschaftspolitische Maßnahmen „quasi automatisch“ erreicht werden.

Das Budget (bzw. diverse Budgetsalden) diente schon in der Vergangenheit als zentrale Argumentationsgrundlage für sozialpolitische Reformen auf Kosten der Frauen. Budgets sind daher der Ansatzpunkt schlechthin für gegenwärtige und zukünftige frauenpolitische Vorhaben. Aus diesem Grund ist sowohl der Budgeterstellungprozess als auch die Verwendung der Budgetmittel, die Auswirkungen aller Staatseinnahmen und Staatsausgaben getrennt auf Frauen und Männer zu analysieren und zu bewerten. Nur so können wir Frauen einem Instrument für mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern habhaft werden und uns aktiv einmischen.

### Ein geschlechtergerechter Blick auf die geplante Steuerreform:

Die geplante erste Etappe 1.1.2003 sieht eine Entlastung von 1 Mrd. Euro (bzw. Nettoentlastung von 0,5 Mrd. Euro) vor (Entlastungen bei kleinen Einkommen, Steuerfreigrenze wird auf 14.500 Euro Bruttojahreseinkommen angehoben). Die zweite Etappe ab 2005 ist mit einer Nettoentlastung von 2,5 Mrd. Euro geplant.

- Die erste Etappe der Steuerreform wird auch Frauen zugute kommen (Anhebung der Steuerfreigrenze). Die zweite und größere Etappe der Steuerreform dient der Attraktivitätsverbesserung des Wirtschaftsstandorts Österreichs, wir Frauen werden nicht mehr Kaufkraft in der Tasche haben.
- Das österreichische Steuersystem ist in seiner Wirkung nicht progressiv, wenn sowohl die **direkten** als auch die **indirekten** Steuern und Sozialversicherungsabgaben betrachtet werden. Auch die geplante Steuerreform geht in Richtung sinkender Direktbesteuerung und damit relativ steigender Konsumbesteuerung, zum Nachteil von Frauen mit durchschnittlich geringem Einkommen.
- Steuereinnahmen sind kein Selbstzweck einer Regierung, sondern dienen zur Finanzierung bestimmter Aufgaben (Bildung, Kinderbetreuung, Soziales etc.) der öffentlichen Hand. Eine Steuersenkung im Ausmaß von 1,3% des Bruttoinlandsprodukts (rund 3 Mrd. Euro) ver-

schlechtert die finanzielle Situation in vielen Sozialbereichen, weitere Einsparungen auf der Staatsausgabenseite sind damit vorhersehbar. Von solchen Einsparungen sind aber wiederum Frauen aufgrund ihrer Positionierung besonders negativ betroffen.

### **Budget- und Wirtschaftspolitik sind ein Schlüssel emanzipatorischer Frauenpolitik**

Budgetpolitik ist in Zahlen gegossene Gesellschaftspolitik. Das Budget reflektiert die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Prioritäten der Regierung und spiegelt damit auch ein bestimmtes gesellschaftspolitisches Leitbild wider. Es bildet gewissermaßen die Machtverhältnisse in der Gesellschaft ab. Und: Budgetpolitik ist Geschlechterpolitik.

Im Rahmen der Budgetpolitik werden Geschlechterverhältnisse verhandelt. Budgetpolitik könnte emanzipatorisch wirken oder aber ungleiche Strukturen verfestigen. In den letzten Jahren hat in Österreich in vielen Bereichen eine Umverteilung zu Lasten von Frauen stattgefunden. Frauen müssen sich an vielen Fronten gleichzeitig um Schadensbegrenzung bemühen.

### **Anforderungen an frauengerechte Budget und Wirtschaftspolitik**

- Analyse aller Budgetposten im Hinblick auf ihre Wirkungen auf Frauen und Männer vor dem Hintergrund der jeweiligen spezifischen sozio-ökonomischen Situation und Bedürfnisse
- Sichtbarmachen der unterschiedlichen Ausgangslage von Frauen und Männern, Veröffentlichung von Gender-disaggregierten Daten in allen Bereichen einschließlich der unbezahlten Arbeit
- Sichtbarmachen der Verbindung zwischen Prioritätensetzungen und Ressourcenzuteilungen - Rechenschaftsbericht der Regierung
- Veränderungen im Sinne von mehr Geschlechtergerechtigkeit in allen Politikbereichen
- Demokratisierung der Budgetpolitik - Öffnung des Budgetprozesses: Teilhabe an der Erstellung der Budgetprioritäten

### **Österreich braucht frauengerechte Budget und Wirtschaftspolitik**

International sind Gender Budgets (geschlechtergerechte Budgetpolitik) weit verbreitet. Österreich hinkt hierbei weit nach und steht damit im Widerspruch zu seinen internationalen Verpflichtungen und eigenen Ankündigungen. Gender Mainstreaming ohne frauengerechte Budgetpolitik bzw. Gender Budgeting bleibt ein zahnloses Ablenkungsmanöver.

Frauen- und Gleichstellungspolitik muss als zentraler Bestandteil von Budget- und Wirtschaftspolitik verankert werden. Die konsequente und umfassende Umsetzung von Gender Budgeting ist dabei ein wichtiges Instrument. Die Regierung ist gefordert, die nötigen finanziellen, personellen und institutionellen Weichenstellungen zu treffen und Gender Budgets auch in Österreich in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen AkteurInnen zu verwirklichen.

*Dr<sup>l</sup> Christine Mayrhuber und Mag<sup>a</sup> Elisabeth Klatzer, Ökonominnen und Mitautorinnen von „Frauen macht Budgets“*